

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 11.11.2020 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:05 Uhr bis 19:35 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadtrat Christian Böckeler

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Peter Schmidt

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Neusatz,

Hans-Wilhelm Juchem

Ortsverwaltung Eisental, Jürgen Lauten

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Ortsverwaltung Vimbuch, stellv. Ortsvorste-

herin, Stefanie Stedry

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,

Martin Bürkle

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,
Corina Bergmaier
Pressesprecher, Matthias Buschert
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Thomas Bauer
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens
Zentrale Dienste, Reinhard Renner
Revision, Petra Ewert

Gäste: Herr Frietsch, Sparkasse Bühl, zu TOP 2
anwesend

Zuhörer/innen: 6

Pressevertreter: 2

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
Stadträtin Barbara Becker
Stadträtin Beate Gässler

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Gründung einer „Bürgerstiftung der Stadt Bühl“
3. Ausfall der Elternentgelte in den Kindergärten und im städtischen Schülerhort aufgrund der Corona-Pandemie und Erlass der Sondernutzungsentgelte für die Gastronomie
4. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die DORV-Zentrum Eisental GmbH
5. Windeck-Gymnasium, Architektenwettbewerb;
Vergabe der Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung
6. Windeck-Gymnasium, Architektenwettbewerb;
Vergabe der Tragwerksplanung
7. K 3747 Radweg zwischen Bühl-Balzhofen und Unzhurst-Zell
8. Investitionszuschuss für den katholischen Kindergarten St. Bernhard Vimbuch; Sanierung der Fensterfront auf der Südseite und der Fenster auf der Nordseite
9. Investitionszuschuss für den katholischen Kindergarten St. Bernhard Vimbuch; Elektro- und Malerarbeiten
10. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 2: Gründung einer „Bürgerstiftung der Stadt Bühl“

Stadtrat Broß wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Nach einleitenden Worten von Oberbürgermeister Schnurr stellt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Bühl, Herr Frietsch, das Modell dieser Bürgerstiftung vor und geht auf Fragen aus der Mitte des Gemeinderates ein.

Oberbürgermeister Schnurr sagt in diesem Zusammenhang zu, dass man den Klimaschutz im Stiftungszweck berücksichtigen wird.

Aus allen Fraktionen kommt Zustimmung zum Beschlussvorschlag zum Ausdruck.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Gründung eines Stiftungsfonds mit dem Namen „Bürgerstiftung der Stadt Bühl“ unter dem Dach der Kundenstiftung der Sparkasse Bühl und stimmt dem Stiftungsvertrag sowie dem Statut des Stiftungsfonds „Bürgerstiftung der Stadt Bühl“ zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 3: Ausfall der Elternentgelte in den Kindergärten und im städtischen Schülerhort aufgrund der Corona-Pandemie und Erlass der Sondernutzungsentgelte für die Gastronomie

Stadtrat Böckeler wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, geht auf den Sachverhalt bezüglich der Elternentgelte in den Einrichtungen ein.

Alle Fraktionen signalisieren Zustimmung zum Beschlussvorschlag und betonen insbesondere auch die Unterstützung der Gastronomie, auch wenn es sich nur um einen kleinen Beitrag handelt.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt, aus der vom Land gewährten Soforthilfe eine weitere (Schluss-)Zahlung von 159.990,75 Euro an die kirchlichen und freien Träger weiterzuleiten. Damit sind deren Einnahmeausfälle für die pandemie-bedingte Schließung der Einrichtungen von April bis Juni 2020 vollständig ausgeglichen. Durch das Land gewährte nicht zurückzahlbare Liquiditätshilfe werden angerechnet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

b) Der Gemeinderat beschließt, aufgrund der Corona-bedingten Einschränkungen für das Gastgewerbe einmalig in diesem Jahr auf die Geltendmachung der festgesetzten Sondernutzungsgebühren von insgesamt 11.255,67 Euro zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 4: Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die DORV-Zentrum Eisental GmbH

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein und spricht von einer segensreichen Einrichtung.

In ihren Stellungnahmen betonen alle Fraktionsvorsitzenden das große Engagement aus der Eisentaler Bürgerschaft.

Ortsvorsteher Lauten geht auf entsprechende Nachfrage auf die Frequentierung des DORV-Zentrums sowie auf die Entwicklung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Corona-Pandemie ein. Er erläutert auch die notwendigen Investitionen.

Beschluss:

Die Stadt Bühl übernimmt für ein durch die DORV-Zentrum Eisental GmbH für den Betrieb des Dorfladens in Eisental aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 50.000 Euro die Ausfallbürgschaft nach den §§ 765 ff. BGB.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 5: Windeck-Gymnasium, Architektenwettbewerb; Vergabe der Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung

Beschluss:

Der Gemeinderat vergibt den Auftrag für die technische Ausrüstung des Vorhabens Windeck-Gymnasium, Sanierung Ostflügel, an das Planungsbüro für Elektrotechnik GmbH, Alexander Müller in 77815 Bühl und beauftragt die Verwaltung einen Ingenieurvertrag nach HOAI zu schließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 6: Windeck-Gymnasium, Architektenwettbewerb; Vergabe der Tragwerksplanung

Beschluss:

Der Gemeinderat vergibt den Auftrag für die Tragwerksplanung des Vorhabens Windeck-Gymnasium, Sanierung Ostflügel, an die Bewerbergemeinschaft Zachmann Ingenieurbüro für Baustatik / Breinlinger Ingenieure in 77815 Bühl und beauftragt die Verwaltung einen Ingenieurvertrag nach HOAI zu schließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 7: K 3747 Radweg zwischen Bühl-Balzhofen und Unzhurst-Zell

Stadtrat Schultheiß betont, dass ihn diese Vorlage enttäuscht. Er findet, dass sie im Widerspruch zu dem steht, was sich Gemeinderat und Verwaltung für Bühl vornehmen, nämlich sukzessive das Radwegenetz auszubauen und für künftige Anforderungen fit zu machen. Dies wurde im Bühler Radwegeplan auch 2013 festgehalten und vom Gemeinderat beschlossen. Darin enthalten ist genau die Planung dieses Radweges, um den es heute hier geht. Er geht auf die Beschreibung der betroffenen Straße in der Vorlage ein, wonach sie sehr wenig durch Radfahrer genutzt wird und es entsprechende Alternativrouten gibt. Er hält diese Aussage für falsch. Hauptgrund der geringen Nutzung ist schlicht die hohe Gefährdung der Radfahrer. Er geht weiter auf die derzeitige Situation ein, wie sie sich für die Radfahrer darstellt. Er betont, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Er zeigt sich verwundert darüber, dass sich der Gemeinderat Ottersweier gegen den Ausbau des Radweges Richtung Bühl ausspricht. Er wiederholt nochmal, dass sich der heutige Beschlussvorschlag gegen den Radwegeplan von 2013 richtet. Die Autobahnbrücke hat heute bereits einen voll ausgebauten Radweg, der jedoch in einer großen Gefahrenstelle zwischen den Brücken endet. Hier einen Rückzieher zu machen und die bereits vom Bund geleisteten Aufwendungen für den Radweg nicht weiter zu nutzen, hält er für Steuergeldverschwendung. Er verweist auf Förderprogramme für Radwege seitens des Bundes und des Landes. Er fragt deshalb, ob die Darstellung des zu erwartenden Zuschusses evtl. nicht mehr auf dem aktuellsten Stand ist. Eine kurzfristige Brückensanierung würde durch die Aufhebung der Tonnagenbegrenzung auch wieder Transporte nach Balzhofen möglich machen. Er richtet einen Appell an das Gremium, dem weiteren Ausbau und der Fertigstellung dieses bereits seit 2013 geplanten Radweges zuzustimmen. Nur wenn man ein attraktives und sicheres Radwegenetz hat, kann man darauf hoffen, dass mehr Verkehrsteilnehmer zukünftig vom Auto auf das Rad umsteigen. Er stellt im Namen der FW-Fraktion folgenden Antrag als neuen Beschlussvorschlag: Der Radweg zwischen Unzhurst und Balzhofen soll über die zu sanierende Laufbachbrücke bis nach Balzhofen weiter ausgeführt werden. Der Ausbau des Radweges und die Sanierung der Brücke sollen kurzfristig umgesetzt werden, um die Gefahrenstelle zwischen Autobahnbrücke und Laufbachbrücke zu beseitigen und die Laufbachbrücke wieder ohne Tonnagebeschränkung befahrbar zu machen. Die K3747 soll nicht zu einem Rad- und Wirtschaftsweg herabgestuft werden.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass es sich hier um eine Kreisstraße handelt und man nicht Herr des Verfahrens ist. Wenn man auf den Radweg besteht, wird es vorerst keine Brückensanierung geben, d.h. es wird bei der Tonnagenbeschränkung bleiben. Der Landkreis hat nämlich nicht genügend finanzielle Mittel, um beide Maßnahmen durchführen zu können. Er betont auch, dass die Verkehrsbelastung auf dieser Straße nicht besonders hoch ist. Er geht auch auf die tatsächlich vorhandenen Alternativrouten ein. Weiter führt er auf nochmalige Nachfrage von Stadtrat Schultheiß aus, warum dies seinerzeit so geplant wurde.

Stadtrat Schultheiß kann jedoch nicht nachvollziehen, warum für die Umsetzung von geplanten Maßnahmen keine finanziellen Mittel da sein sollen.

Stadtrat Hirn verweist darauf, dass es ja eine Alternative gibt, nämlich den geplanten Radweg von Zell nach Moos. Er betont auch, dass es seit den Planungen von 2013 sehr viele Änderungen in verschiedener Hinsicht gab, so dass man nicht jetzt einfach auf der dortigen Beschlusslage beharren kann. Er sichert deshalb seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Löschner erwähnt, dass die Meinung von Stadtrat Schultheiß in die Richtung der GAL-Meinung geht. Er findet, dass man im Sinne einer fahrradfreundlichen Kommune eher einem Autofahrer als einem Radfahrer einen Umweg zumuten kann. Er meint aber auch, dass man die Straße von Zell nach Balzhofen trennen könnte und nur einseitig für den Autoverkehr befahrbar machen könnte.

Oberbürgermeister Schnurr nimmt diesen Vorschlag als Antrag auf eine Einbahnstraße auf Probe auf.

Stadtrat Feuerer erklärt, dass die CDU-Fraktion sicherlich auf Grund der hohen Kosten die Frage nach der Notwendigkeit dieses Radweges einerseits stellt, andererseits ist es aber auch nicht in Ordnung, diese ursprünglich geplante Maßnahme jetzt einfach fallen zu lassen. Er fragt nach den Kosten, die alleine für den Radweg anfallen.

Oberbürgermeister Schnurr betont, dass darüber hinaus auch noch Grunderwerb notwendig wäre.

Stadtrat Feuerer nennt alternative Möglichkeiten, wie z.B. entsprechende Markierungen auf der Straße, die ja relativ breit ist.

Oberbürgermeister Schnurr geht zwar auf mögliche sich ergebende Schwierigkeiten ein, sagt aber zu, diese Alternative nochmals mit dem Kreis zu diskutieren, evtl. könnte diese Lösung zusammen mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung funktionieren. Als weiteren Kompromiss zum Beschlussvorschlag könnte er sich vorstellen, dass das Wort „derzeit“ aufgenommen wird, d.h., dass nicht gänzlich auf diesen Radweg entlang der K3747 verzichtet wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger betont, dass Fahrradfahrer nicht nur Freizeitsportler sind, sondern dass auch viele Berufstätige mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren. Wenn man den Berufsverkehr verringern will, muss man für ein vernünftiges Radwegenetz sorgen.

Auf seine entsprechende Nachfrage antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass die Planfeststellung für den geplanten Radweg von Zell nach Moos eingeleitet ist.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht auch auf die Alternativrouten ein, die sich zum Teil in desolatem Zustand befinden. Er betont auch, dass Fahrradwege grundsätzlich an befahrbaren Straßen liegen sollen, damit sie einsichtbar sind und damit auch ein gewisses Sicherheitsgefühl vermitteln.

Stadtrat Broß spricht sich auch angesichts der hohen Kosten für den Beschlussvorschlag aus.

Stadtrat Jäckel ist auch nicht bereit, eine so große Summe auszugeben, um letztlich einen Radweg zu schaffen, dessen starke Frequentierung fraglich ist. Er hält den geplanten Radweg zwischen Zell und Moos für eine gute Alternative, die man wahrscheinlich auch relativ kostengünstig umsetzen kann. Er ist der Meinung, dass der Kreis durchaus wichtigere Aufgaben als diese Maßnahme hat.

Stadtrat Gretz betont, dass dieses Thema bestens geeignet ist, um es in der Arbeitsgruppe Mobilität vorzubereiten. Er beantragt deshalb, diese gesamte Thematik in der Arbeitsgruppe Mobilität vorzubereiten, um sie dann danach unter Berücksichtigung aller Aspekte wieder in den Gemeinderat zur Beschlussfassung zu bringen.

Alle Fraktionsvorsitzenden sprechen sich für diesen Antrag zur Geschäftsordnung aus.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man dann nicht nur die Kostenseite beleuchten, sondern evtl. sogar einen Vertreter des Landkreises einladen kann, der Rede und Antwort steht.

Über den Antrag von Stadtrat Gretz, diesen Tagesordnungspunkt in die Arbeitsgruppe Mobilität zu verweisen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 8: Investitionszuschuss für den katholischen Kindergarten St. Bernhard Vimbuch; Sanierung der Fensterfront auf der Südseite und der Fenster auf der Nordseite

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Wäldele sagt Oberbürgermeister Schnurr zu, dass man demnächst im Klima –und Umweltausschuss eine Methodik aufzeigen wird, wie man den Punkt „Klimatische Auswirkungen“ bewerten kann, so dass an dieser Stelle zukünftig fundiertere Aussagen stehen.

Beschluss:

Der katholische Kindergarten St. Bernhard Vimbuch erhält für die Sanierung der Fensterfront auf der Südseite und der Fenster auf der Nordseite einen einmaligen Zuschuss von 51.411,79 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 9: Investitionszuschuss für den katholischen Kindergarten St. Bernhard Vimbuch; Elektro- und Malerarbeiten

Beschluss:

Der katholische Kindergarten St. Bernhard Vimbuch erhält für die Erneuerung der Elektroinstallation und die daraus folgenden erforderlichen Malerarbeiten einen einmaligen Zuschuss von 17.764,29 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 10: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Corona-Situation

Auf der Homepage der Stadt Bühl gibt es neben allen Informationen zur Corona-Situation auch eine entsprechende Videobotschaft des Oberbürgermeisters.

Freies Parken im Advent

Mit den großen Parkplatzbetreibern wurden Gespräche mit dem Ziel geführt, das Parken im Advent kostenfrei zu ermöglichen, und zwar vom 30. November 2020 bis zum 6. Januar 2021. Beide Parkplatzbetreiber machen mit. Für die Stadt bedeutet das Kosten in Höhe von rund 10.000 Euro, was dem Gemeinderat entsprechend vorgeschlagen werden soll.

Baustelle in der südlichen Hauptstraße

Diese Maßnahme nähert sich allmählich dem Ende, es sind aber noch verschiedene Maßnahmen und auch Sperrungen erforderlich. Geplant ist die Freigabe der Hauptstraße für den 27. November 2020.

CO2-Warner in den Schulen

Bürgermeister Jokerst berichtet aus dem Vorgehen von anderen Städten, woraus ersichtlich ist, dass man in Bühl dieses Thema sehr viel konsequenter angeht.

Kochbuch „Probier mal wie´s bei mir Zuhause schmeckt“

Dieses Kochbuch sowie entsprechende Informationen über dessen Entstehung im Rahmen des Kooperationsprojektes „Café international“ von DRK und Stadt liegt aus.

Forschungsprojekt „Biodiversität“

Dieses Forschungsprojekt der Stadtwerke wird vom Bund gefördert. Beispielsthema in Bühl ist die Trinkwasserversorgung. Hierzu findet am 1. Dezember 2020 ein erster Online-Workshop für alle Interessierten statt. Auf der Web-Seite der Stadtwerke gibt es zu dem Projekt weitere Informationen.

Erdbebengefahr in der Region

Stadtrat Jäckel erwähnt, dass das Erdbebenrisiko in Baden-Württemberg höhergestuft wurde, was sicherlich dazu führen wird, dass das Bauen teurer wird. Die entsprechende Gefahrenkarte wird wohl erst 2022 vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass man seinen Vorschlag aufgreifen und das Thema zu gegebener Zeit im Gemeinderat behandeln wird, die Kostenerhöhung bei Bauten wird sicherlich mit der Statik zusammenhängen.

Grundsteuer

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Jäckel antwortet Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, dass der Entwurf der neuen Grundsteuerverordnung vorliegt und man derzeit dabei ist zu überlegen, wie man vorgeht. Die Anfrage wird deshalb zu gegebener Zeit beantwortet.

Fertigstellung Bühlfeld II in Balzhofen

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Zick antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass man im Rahmen der Haushaltsberatung über das Vorgehen hinsichtlich der Fertigstellung der Straßen in diesem Baugebiet reden möchte.

CO2-Warmelder für die Schulen

Stadtrat Feuerer bezieht sich auf die Äußerungen von Bürgermeister Jokerst und findet die Selbstbaukasten gut, und zwar aus Kostengründen und auch wegen des pädagogischen Mehrwerts. Diese CO2-Warmelder ersetzen natürlich nicht das regelmäßige Lüften, sondern dienen der Unterstützung.

Oberbürgermeister Schnurr geht auf seine entsprechende Nachfrage nach den Sauerstoff-Werten ein.

Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass man diese Melder mit den Ampeln vorher in der Verwaltung mit sehr guten Ergebnissen getestet hat.

Corona-Situation

Stadtrat Schmidt bezieht sich auf Meinungen, wonach der Coronavirus mit einer mittleren Grippe zu vergleichen ist, und betont, dass gerade das Hotel- und Gaststättengewerbe kein Infektionsrisiko darstellt. Er fragt, ob sich die Stadt hier gegen die Anordnung des Landes hinwegsetzen oder ggf. Einspruch erheben oder gar klagen kann.

Herr Bürkle, Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste, antwortet auf diese drei Fragen mit einem klaren Nein.

Stadtrat Schmidt berichtet weiter von seiner eigenen Erkrankung sowie der seiner Frau und dass man die Zeit durch vernünftige Maßnahmen gut überstanden hat. Er betont, dass erwiesen ist, dass die einfachen Stoffmasken und die Einwegmasken nichts bringen.

Auf seine entsprechende Frage spricht sich Herr Bürkle gegen die Rücknahme der Maskenpflicht in den Fußgängerzonen und öffentlichen Plätzen in Bühl aus.

Schließlich bezieht sich Stadtrat Schmidt auf die CO2-Melder und fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, die CO2-Konzentration nicht in den Räumen, sondern unter den Masken zu messen. Er benennt die Werte, ab welchen CO2 die Leistung und Konzentration der Schüler beeinträchtigt oder dann auch sogar toxisch wirkt. Er fragt sogar, ob man nicht verpflichtet ist, aus gesundheitlichen Gründen die Schüler dazu zu zwingen, die Masken abzulegen.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass man sich an die allgemeingültigen Werte hält und deshalb diese CO2-Messer in den Räumen als geeignetes Mittel ansieht, um die Gesundheit der Kinder diesbezüglich gewährleisten zu können.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner